



AUSGABE 151
Juni 2014

ANALYSEN & ARGUMENTE

Europäische Energieversorgungssicherheit im Zeichen der Ukraine-Krise

EIN ÜBERBLICK

Christian Hübner

Die energiepolitische Situation der Ukraine verschärft die schon länger anhaltenden Debatten um die europäische Energieversorgungssicherheit. Aus der geopolitischen Perspektive rücken dabei die östlichen, süd-östlichen und südlichen Energiebeziehungen der EU in den Vordergrund. Hier bestehen zementierte Abhängigkeiten von russischen Gaslieferungen, aber auch mittelfristige Alternativen bspw. durch Mehrexporte aus Algerien und zusätzliche Gasimporte aus dem kaspischen Raum. Neu ist die Idee eines transatlantischen Gasversorgungskorridors, der aber mangels teurer Infrastruktur und hoher Energienachfragekonkurrenz aus Asien derzeit nur eine Idee bleibt. In der EU treibt die Ukraine-Krise die politische Prioritätenverschiebung weg von der Klimapolitik hin zu einer Wettbewerbs- und Versorgungssicherheitspolitik weiter voran.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Christian Hübner
Kordinator Umwelt-, Klima- und Energiepolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 74
E-Mail: christian.huebner@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de



INHALT

3 | EINLEITUNG

3 | NORD-WESTLICHER GASVERSORGUNGSKORRIDOR

3 | ÖSTLICHER GASVERSORGUNGSKORRIDOR

4 | SÜD-ÖSTLICHER GASVERSORGUNGSKORRIDOR

4 | SÜDLICHER GASVERSORGUNGSKORRIDOR

5 | TRANSATLANTISCHER GASVERSORGUNGSKORRIDOR UND SCHIEFERGAS

6 | ENERGIEVERSORGUNGSSICHERHEITSDEBATTEN IN DER EU

6 | DEUTSCHE ENERGIEWENDE

7 | AUSBLICK



EINLEITUNG

Die EU verfolgt nicht erst seit der Ukraine-Krise das Ziel, ihre Energieversorgungssicherheit strategisch zu erhöhen. Schon länger ist eine anhaltende und wachsende Abhängigkeit von Energieimporten zu beobachten. So müssen heute ca. zwei Drittel des europäischen Gasverbrauchs importiert werden.¹ Hauptlieferanten für Gas waren 2012 Russland (ca. 23 Prozent), Norwegen (ca. 22 Prozent) und Algerien (ca. 9 Prozent).² Während Öl kurzfristig über den globalen Markt – wenn auch zum Preis von potentiellen Marktverwerfungen – anderweitig bezogen werden kann, ist Gas an eine feste Infrastruktur (*Pipelines oder LNG-Terminals*) gebunden, die eine kurzfristige Substitution extrem teuer bzw. technisch nahezu unmöglich macht.

Ein Großteil der Gasimporte gelangt gegenwärtig über *Pipelines* in die EU. Aus der geopolitischen Perspektive können dabei der nord-westliche (Norwegen), östliche (Russland), süd-östliche (u.a. kaspisches Meer) und südliche (u.a. Algerien) Energieversorgungskorridor unterschieden werden. Ein kleinerer, aber wachsender Teil der Gasimporte erreicht die EU zudem in flüssiger Form über den Seeweg (*Liquefied Natural Gas, LNG*). Vor diesem Hintergrund wird auch über einen möglichen transatlantischen Gasversorgungskorridor diskutiert.

NORD-WESTLICHER GASVERSORGUNGSKORRIDOR

Norwegens Gasexporte sind für die EU eine zentrale Säule mit wachsender geopolitischer Bedeutung.

Der nord-westliche Gasversorgungskorridor umfasst die Gaslieferungen aus Norwegen in die EU. Zwischen der EU und Norwegen herrschen traditionell sehr enge und ökonomisch gewachsene Energiebeziehungen. Norwegisches Gas erreicht die EU ohne Transitstaaten und die energiepolitischen Verflechtungen nehmen durch gemeinsame neue *Pipeline-Projekte* zu. Zudem können auch nicht-norwegische Energiekonzerne dort tätig sein und von den guten Investitionsbedingungen profitieren. Außerdem ist Norwegen Teil des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), wodurch es die europäischen Richtlinien im Gasmarkt vollumfänglich teilt.

In der aktuellen Situation gerät Norwegen zunehmend als Substitut für russische Gasimporte in den Fokus. Kurzfristig könnte Norwegen seine Gasexporte auch tatsächlich erhöhen, allerdings sind diese Ausweitungen auch begrenzt, wie die norwegische Regierung unlängst verkündete. Norwegen bietet sich mit Blick auf Deutschland auch als Energiespeicher an. Die großen Mengen an Erneuerbaren Energien hier-

zulande könnten in Form von Stauseen in Norwegen gespeichert werden. Hierfür braucht es aber noch einen umfassenden Netzausbau, der in der Lage ist, die Strommengen aufzunehmen. Aber auch hier bleibt abzuwarten, wie hoch die norwegischen Speicherkapazitäten dann tatsächlich sind. Dessen ungeachtet wird Norwegen für die EU mit Blick auf die Ukraine-Krise als Energielieferant noch wichtiger.

ÖSTLICHER GASVERSORGUNGSKORRIDOR

Die Gasbeziehungen der EU zu Russland wurden in den vergangenen Jahren zementiert. Vor allem für mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedstaaten entsteht daraus ein strategischer Nachteil, der aber über einen funktionsfähigen EU-Gasbinnenmarkt ausgeglichen werden könnte.

Der östliche Energieversorgungskorridor charakterisiert die mittelbaren und unmittelbaren Energiebeziehungen der EU zu Russland. Hierbei nehmen Gastransitstaaten wie die Ukraine oder Belarus für russische Gasimporte in die EU eine besondere Rolle ein. Dies machte die Gas-Krise von 2009 deutlich, als Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine zu einem Lieferstopp des Gases nach Europa und damit zu spürbaren Einschränkungen in der EU führten. Zu dieser Zeit wurden immerhin ca. 80 Prozent des russischen Erdgases über ukrainische Trassen in die EU transportiert. Umso wichtiger wurden direkte Versorgungsrouten wie die *Nord Stream-Pipeline*, die 2011 ans Netz ging. Sie verläuft durch die Ostsee und mündet in der Nähe von Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern).³ Dessen ungeachtet sind es heute aber immer noch ca. 50 Prozent der russischen Gasimporte, die über die Ukraine in die EU gelangen. Auch wenn der Bau von *Nord Stream* für Deutschland eine attraktive Alternative darstellt, so stehen doch insbesondere mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedstaaten dem Projekt kritisch gegenüber. Da sie nun nicht mehr als EU-interne Gastransitstaaten für Westeuropa zwingend notwendig sind, sehen sie ihre strategische Bedeutung für Westeuropa geschwächt und fürchten, Russlands Energiepreispolitik ausgeliefert zu sein. Zudem werden sich auch die Einnahmen aus Gebühren für den Gastransit über polnisches Staatsgebiet verringern. Seitens der Erbauer der *Nord Stream* wird in diesem Zusammenhang das Argument entgegengebracht, dass die EU als Ganzes durch die zusätzliche Gasanbindung profitieren würde. Inwieweit das Argument tatsächlich trägt, bleibt abzuwarten. Polen seinerseits hat wiederum im Norden an der Ostseeküste in Swinemünde den Bau eines LNG-Terminals vorangetrieben, das nun kurz vor der Fertigstellung steht. Für Polen könnte sich daraus eine verbesserte geostrategische Rolle ergeben, da es nun nicht nur einen Teil seines Eigenbedarfs unabhängig von russischen Gasimporten decken, sondern auch andere Mittel- und Osteuropäische EU-Mitgliedstaaten beliefern könnte.



Ein weiteres *Pipeline*-Projekt, das Russland direkt mit der EU verbinden soll – die *South Stream* –, befindet sich noch in der Bauphase.⁴ Die *South Stream* wird durch das Schwarze Meer führen und in Bulgarien münden. Ungarn, das die *South Stream* zunächst unterstützte, hat kürzlich den Stopp sämtlicher Arbeiten an dem Projekt verkündet. Hintergrund sind kartellrechtliche Bedenken der EU-Kommission. In der EU darf der Erdgaslieferant nicht gleichzeitig auch den Zugang zur Pipeline kontrollieren. Die *Nord Stream* und später die *South Stream* führen um die Ukraine und den Belarus herum, so dass die technische Bedeutung von Gastransitstaaten wie der Ukraine oder dem Belarus für die EU bereits abgenommen hat und weiter abnimmt. Aus Sicht der EU bilden *Nord Stream* und *South Stream* damit zwar alternative Energiestrassen, gleichzeitig wird hier aber auch eine einseitige Gasabhängigkeit der EU zu Russland zementiert. Darüber hinaus bleiben viele *Pipelines* wie etwa die *Yamal*, die durch den Belarus, oder die *Brotherhood*, die durch die Ukraine führt, für mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedstaaten wie Polen, Slowakei oder Tschechien von zentraler Bedeutung. Für Russland entsteht dadurch jedoch eine günstige strategische Ausgangslage. Es kann mit den diversifizierten (Direkt-)Anbindungen an die einzelnen EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche Absatzpreise aushandeln. Gegenwärtig verhält es sich dabei so, dass mittel- und osteuropäische Staaten im Schnitt höhere Gaspreise zahlen müssen als bspw. Deutschland. Aus einer marktwirtschaftlichen Perspektive ist dieser russische Ansatz durchaus vernünftig. Allerdings erhält Russland dadurch auch einen starken geopolitischen Einfluss. Die EU versucht, dem durch Gasrückflüsse (Reverse-Flow-Verfahren) entgegenzuwirken. Hierbei kann das von westeuropäischen Staaten günstig aus Russland erworbene Gas über den europäischen Gasbinnenmarkt an mittel- und osteuropäische Staaten zurückfließen und zu Preisen verkauft werden, die immer noch geringer sind als die mit Russland ausgehandelten Gaslieferpreise. Auch aus anderen Regionen bezogenes Gas könnte den mittel- und osteuropäischen Staaten dadurch zugute kommen. In diesem Zusammenhang ist der Ausbau von Speichern und der Interkonnektoren zwischen den Staaten von zentraler Bedeutung. Der europäische Gasbinnenmarkt erlangt damit eine geoökonomische Komponente, die der Angebotsmacht Russlands entgegensteht.

SÜD-ÖSTLICHER GASVERSORGUNGSKORRIDOR

Mittelfristig kann der süd-östliche Gasversorgungskorridor nicht nur für Gasimporte aus dem kaspischen Raum und darüber hinaus, sondern als alternative Route für Gas aus dem Nahen Osten eine tragende Rolle einnehmen.

Im süd-östlichen Energieversorgungskorridor unterstützte die EU zuletzt die *Nabucco-Pipeline*. Im Gegenzug initiierte

Russland die *South Stream* als unmittelbares Konkurrenzprojekt. *Nabucco* sollte dabei Gas aus dem Kaspischen Meer von der bulgarisch-türkischen Grenze durch Bulgarien über Rumänien und von dort über Ungarn nach Österreich führen. Die Betreiber des Gasfeldes im Kaspischen Meer (Aserbaidschan), das Sha-Deniz II Konsortium, entschieden sich jedoch aus Kostengründen für die günstigere *Trans-Adriatic Pipeline (TAP)*. Die *TAP* wird von der griechisch-türkischen Grenze durch Griechenland über Albanien bis nach Italien führen. Obwohl das von der EU bevorzugte Projekt *Nabucco* gescheitert ist – es bleibt dabei abzuwarten, ob die Ukraine-Krise hier nicht noch einmal neue Impulse setzen kann –, wird sich die EU-Energieversorgungssicherheit mit der *TAP* aufgrund einer zusätzlichen von Russland unabhängigen Gasanbindung verbessern. Allerdings wird hierdurch auch die Türkei als Gastransitland für *Pipelines* in die EU an geopolitischer Bedeutung gewinnen. Die EU wird sich dadurch auch auf eine neue Abhängigkeitsstruktur einstellen müssen.

Darüber hinaus sind mit der süd-östlichen Gasanbindung nicht nur Zugänge zu den Gasvorkommen am Kaspischen Meer gegeben. Es rücken auch weitere Förderländer wie Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan und auch Ägypten in die Reichweite der europäischen Energieversorgung. Zusätzlich entstehen neue Möglichkeiten, Öl und Gas aus dem Irak und Iran mit der EU zu verbinden. Hier bleibt allerdings anzumerken, dass die Förderbedingungen in den genannten Ländern durch politische Instabilitäten schwierig sein können. Ein weiterer Aspekt, der die Situation des süd-östlichen Gasversorgungskorridors mittelbar berührt, sind umfassende *Offshore*-Gasvorkommen mit Exportpotenzial rund um Zypern. Für die EU können sich daraus völlig neue Möglichkeiten für weitere *Pipelines* oder *LNG-Verbindungen* ergeben. Aber auch hier herrscht eine komplexe politische Gemengelage in der u.a. Griechenland, die Türkei, Zypern und Israel involviert sind.

SÜDLICHER GASVERSORGUNGSKORRIDOR

Algerien wird stärker in den Blick der europäischen Energieversorgungssicherheit geraten, da es ein hohes Potenzial für den Ausbau seiner Gasexporte besitzt und als Transitland für nigerianisches Gas nach Europa an geopolitischer Bedeutung gewinnt.

Der südliche Gasversorgungskorridor umfasst Gasimporte u. a. aus Algerien, Libyen und Ägypten. Das algerische Gas stellt für die EU nach den russischen und norwegischen Importen dabei die dritt wichtigste Bezugsquelle dar. Ein Großteil dieser Erdgasexporte gelangt über LNG-Lieferungen in die EU, wobei der Transport über *Pipelines* zunimmt.⁵ Die Erdgastransporte sind vor allem für südeuropäische Staaten wie Spanien und Italien, aber auch Frankreich von Bedeu-



tung. Die längste Pipeline mit der höchsten Kapazität ist die *Trans-Mediterranean*, die über Tunesien und Sizilien Italien erreicht. Daneben sind die Mittelmeer-*Pipeline*-Anbindungen an Spanien über die *Maghreb-Europe Gas* und die *Medgaz* von besonderer Bedeutung. Algerien könnte über die im Bau befindliche *Trans-Sahara-Pipeline* auch als Gastransitland für nigerianisches Gas an Bedeutung gewinnen. Neben den konventionellen Erdgasvorkommen werden in Algerien zudem die drittgrößten Schiefergasvorkommen nach China und Argentinien weltweit vermutet.

Algerien ist für die EU ein wichtiger und zunehmend bedeutender Energiepartner. Auf der algerischen Seite wird diese Partnerschaft ebenfalls als strategisch wichtig und ausbaufähig betrachtet. Die schwachen demokratischen Strukturen, hohe Korruption und politische Instabilitäten bspw. durch Terrorismus haben zudem bisher nicht dazu geführt, dass Investitionen gemieden wurden. Im Gegenteil, es ist zu erwarten, dass hier in Zukunft noch mehr in eine Gasexportinfrastruktur investiert wird. Allerdings wird die gegenwärtige Situation von der algerischen Seite auch so wahrgenommen, dass die EU in einer besseren strategischen Verhandlungsposition ist, weshalb hier nach Wegen gesucht wird, die eigene Position zu verbessern. Die *Trans-Sahara-Pipeline* könnte in diesem Zusammenhang eine wichtige Komponente werden. Algerien würde damit zu einem wichtigen Gastransitland für die EU werden. Aber auch die Ukraine-Krise könnte die strategische Position Algeriens verbessern, da die EU auf algerisches Gas in naher Zukunft noch deutlicher angewiesen sein wird. Auf der europäischen Seite wird sich allerdings noch zeigen müssen, inwieweit Gas in der EU selbst transportierbar ist, damit weitere EU-Mitgliedstaaten davon profitieren können.

TRANSATLANTISCHER GASVERSORGUNGS-KORRIDOR UND SCHIEFERGAS

Technisch sind Gasimporte über den Atlantik in die EU möglich, gegenwärtig aber unwahrscheinlich. Ökonomisch betrachtet ist der Pazifik mit Blick auf asiatische Abnehmer zudem attraktiver.

Zuletzt haben sich die transatlantischen Energiebeziehungen vor allem auf den Export von US-Steinkohle nach Europa bezogen. Durch die verstärkte Nutzung von Schiefergas in den USA wurde US-amerikanische Steinkohle im Inland im Verhältnis teurer und deshalb für den Export attraktiver. Ein Nebeneffekt der vermehrten Schiefergasnutzung ist eine verbesserte Klimabilanz der USA. Die Ukraine-Krise rückt nun aber auch den Export von US-Schiefergas nach Europa als Alternative zu russischem Gas in den Vordergrund, wodurch sich ein transatlantischer Energieversorgungskorri-

ridor für die EU eröffnen könnte. Darüber hinaus gibt es auf dem amerikanischen Kontinent insgesamt, d.h. auch in Kanada und vielen lateinamerikanischen Staaten, umfassende konventionelle und unkonventionelle Gasvorkommen, die ein ökonomisch attraktives Exportpotential besitzen. Ein Umstand, der von den asiatischen Staaten (insbesondere China) schon längst erkannt wurde.

In den USA sind Energieexporte aus Energiesicherheitsgründen gegenwärtig nur im Rahmen von Freihandelsabkommen möglich. Ein Aspekt, der vor dem Hintergrund der aktuellen Verhandlungen einer transatlantischen Freihandelszone (TTIP), die einen solchen Rechtsrahmen bilden würde, an Bedeutung gewinnen könnte. Aber auch mit Kanada könnten Rohstoffvereinbarungen im Zuge des gegenwärtig verhandelten Freihandelsabkommens (CETA) eine wichtige Rolle für die europäische Energieversorgungssicherheit einnehmen. Voraussetzung für einen transatlantischen Gaskorridor ist jedoch, dass es an der Ostküste des amerikanischen Kontinents LNG-Export-Terminals gibt und Europa entsprechende Importkapazitäten entwickelt. Beides ist bisher nicht ausreichend gegeben und zudem mit sehr hohen Investitionskosten verbunden. Bisher ist noch kein Gas über den Atlantik nach Europa transportiert worden. Inwieweit hierbei auf dem amerikanischen Kontinent überhaupt der Wille besteht, entsprechende Kapazitäten aufzubauen, ist auch fraglich, da der Transport von Schiefergas an Land sehr teuer ist. Wahrscheinlicher ist gegenwärtig, dass sich die USA langfristig zwar unabhängiger von Energieimporten – auch im Bereich Öl – machen werden, aber gleichzeitig nicht in den massiven Energieexport einsteigen werden. Allerdings werden sie die internationale Technologieführerschaft im Bereich *Fracking* erlangen. Unabhängig davon würden die Gewinne beim Verkauf von Gas über den Seeweg nach Asien im Vergleich zu Europa weitaus höhere Margen versprechen.

Dessen ungeachtet erlaubt die LNG-Technologie den Transport von flüssigem Gas über den Seeweg, wodurch sich grundsätzlich eine Alternative zu festen *Pipelines* ergibt. Der heutige Hauptabnehmer von LNG weltweit ist Japan. Die Hauptexporteure sind Katar, Malaysia, Australien und Indonesien. Die Hauptlieferanten von LNG für Europa sind Katar und Algerien. Im asiatischen Raum ist zudem eine deutliche Konzentration der LNG-Nutzung und der damit verbundenen Handelsrouten zu beobachten. Hieraus erwächst die Möglichkeit eines globalen Gasmarktes, vergleichbar mit dem Ölmarkt, auf dem auch Europa als Einkäufer auftreten kann. In Europa gibt es bereits über 20 LNG-Terminals u. a. in Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Griechenland. Zudem befinden sich weitere im Bau bzw. in Planung. Auch in Deutschland befinden sich zwei Terminals in der Planung.



ENERGIEVERSORGUNGSSICHERHEITSDEBATTEN IN DER EU

In der EU treibt die Ukraine-Krise die politische Prioritätenverschiebung weg von der Klimapolitik hin zu einer Wettbewerbs- und Versorgungssicherheitspolitik weiter voran.

Die EU-Kommission hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Projekten und Initiativen zur Verbesserung der europäischen Energieversorgungssicherheit auf den Weg gebracht. Im Bereich der Energieaußenbeziehungen steht der Ausbau der externen Dimension des EU-Energiebinnenmarktes; die Stärkung der Energiepartnerschaften; die Verbesserung des Zugangs von Entwicklungsländern zu nachhaltigen Energien und die Verbesserung der Förderung der EU-Politiken über die EU-Grenzen hinaus im Vordergrund. Parallel dazu hat die EU eine Reihe von bilateralen Abkommen vorzuweisen. Wichtige strategische Dialogforen bzw. Verträge der EU bestehen u.a. mit Norwegen, Russland, der *Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC)*, USA, Brasilien, Ukraine, der Kaspischen Region, dem Mittleren Osten und Persischen Golf, dem Südlichen Mittelmeer, China und Indien. Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise veröffentlichte die EU-Kommission zudem jüngst eine europäische Energiesicherheitsstrategie.⁶ Hier werden kurzfristige Maßnahmen wie der Ausbau der europäischen Gasspeicherkapazitäten sowie mittel- bis langfristige Maßnahmen wie die Verbesserung der Marktstrukturen zum Handel mit Strom und Gas vorgeschlagen.

Innerhalb der EU gibt es, nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Energieabhängigkeitsstrukturen, unterschiedliche Ansichten darüber, inwieweit die europäische Energieversorgungssicherheit als Ganzes gewährleistet werden soll. Auch ist die energiepolitische Integration in der EU noch nicht so weit fortgeschritten, dass ein gemeinsamer Energiebinnenmarkt einseitige Energieimportabhängigkeiten einzelner EU-Mitgliedstaaten kurzfristig kompensieren könnte. Dieser Umstand hat sich erst kürzlich im Zuge der Debatte um die Fortentwicklung der europäischen Klima- und Energieziele für 2030 deutlich gezeigt. Vor allem mittel- und osteuropäische EU-Mitglieder, die in einem besonderen Maße von russischen Energieimporten abhängig sind, verweisen darauf, dass zu ambitionierte Klima- und Erneuerbaren Energieziele für sie zu teuer sind und die Energiesicherheit gefährden könnten. Sie präferieren vor allem heimische Kohlevorkommen, die Möglichkeiten des *Frackings* zur Erschließung von heimischem Schiefergas und die Nutzung von Kernkraft. Für die Diskussion um die EU Klima- und Energieziele folgte daraus, dass die verbindliche Zieltrias, bestehend aus einem Klimaschutz-, Erneuerbaren Energien- und Energieeffizienzziel, für 2030 vermutlich nicht mehr gelten wird.

Insbesondere das Energieeffizienzziel geriet bei der Diskussion ins Abseits. Hier könnte die Debatte um die Energieversorgungssicherheit jedoch noch einmal eine Neubewertung von Energieeffizienz herbeiführen.

Neue Nahrung für die innereuropäische Debatte um die Energieversorgungssicherheit geben die jüngsten Drohungen Russlands. Das Staatsunternehmen Gazprom hat angekündigt, der Ukraine den „Gashahn“ zu schließen, sollte sie die geforderten Gaspreise nicht zahlen. Hintergrund sind Gasrabatte, die Russland der Ukraine im Nachgang zur Krim-Annexion nicht mehr gewähren will. Die Ukraine müsste ohne die Rabatte überdurchschnittlich hohe Gaspreise zahlen. Abgesehen von den unmittelbaren Konsequenzen, die für die Ukraine und weiteren EU-Mitgliedstaaten daraus entstehen könnten, ist daraus auch eine grundlegende Debatte über den Einkauf und Handel von Gas entstanden. Jüngst forderte der polnische Ministerpräsident Tusk die Schaffung einer Energieunion. Ziel soll der zentrale Ankauf von russischem Gas bspw. durch eine europäische Energieagentur sein. Der EU-Kommissar für Energie Günther Oettinger sieht den Vorschlag eher skeptisch. Er will keinen politischen Einheitspreis für Gas. Er setzt vor allem auf den Ausbau des Energiebinnenmarktes, der den Handel mit Gas innerhalb der EU verbessert. Hierzu gehört vor allem die Verbesserung der Gasinfrastruktur. Schon heute kann günstiges Gas aus Westeuropa über innereuropäische Pipelines nach Mittel- und Osteuropa weitergeleitet werden. Die grundlegende politische Debatte hierzu hat eben erst begonnen, es bleibt zu hoffen, dass nicht weitere außenpolitische Konflikte notwendig sind, damit sie dieses Mal auch zu einem wirkungsvollen Ergebnis kommt.

DEUTSCHE ENERGIEWENDE

In Deutschland soll die Energiewende langfristig zur Energiesicherheit beitragen. Kurzfristig werden Brückenergieträger wie Braunkohle jedoch zunehmend wichtiger.

Deutschland ist in hohem Maße energie- und wirtschaftspolitisch mit Russland verbunden. In der aktuellen Diskussion sind dabei vor allem die russischen Gasimporte von Interesse. Deutschland hat darüber hinaus aber auch als größter Industriestandort der EU mit der Energiewende einen fundamentalen Kurswechsel in punkto Energieversorgungspolitik eingeschlagen. Die Energiewende soll langfristig einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, indem heimische Erneuerbare Energien sukzessive den Import von fossilen Energieträgern substituieren. In der gegenwärtigen Situation gilt es aber, eine gesicherte und wettbewerbsfähige Energieversorgung für Deutschland zu bewahren. Gas, Kohle und Öl sind dabei Energieträger, die nach den Beschlüssen



zum Ausstieg aus der Kernkraft eine bedeutende und im Zuge der Krim-Krise noch wichtigere Brückenfunktion für die Umsetzung der Energiewende einnehmen. Insbesondere die heimische Braunkohle rückt dabei gegenwärtig wieder in den Vordergrund. Sie ist in Deutschland abbaubar, langfristig verfügbar und neuere Kohlekraftwerke in Kombination mit der *Carbon Dioxide Capture and Storage*-(CCS)-Technologie würden eine klimafreundliche Nutzung ermöglichen. Zudem lässt die aktuelle politische Gemengelage in Deutschland sie als eine kompromissfähige Alternative erscheinen.

Die Steigerung der Energieeffizienz, insbesondere im Wärmebereich, ist ein weiterer Ansatz, um die Energieimportabhängigkeit durch eine Verringerung des heimischen Energieverbrauches zu ermöglichen. Hier besteht im Vergleich zu den anderen Maßnahmen der Energiewende auch das größte Potenzial. Letztlich können – und im Zuge der Umsetzung der Energiewende müssen – Erneuerbare Energien aber auch einen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit leisten.

Gegenwärtig wird das Hauptinstrument der Energiewende, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), reformiert. Die Reform zielt darauf ab, den steigenden Gesamtkosten und den unkontrollierbaren Zubau von Erneuerbaren Energien durch eine stärkere Marktnähe des Vergütungssystems entgegenzuwirken. Derzeit führt der starke und subventionierte Ausbau der Erneuerbaren Energien dazu, dass konventionelle Kraftwerke nicht mehr kostendeckend betrieben und abgeschaltet werden. In der Folge könnte sich die deutsche Energieversorgungssicherheit verringern. Als konkrete Maßnahmen sind dabei die Direktvermarktung und die zukünftige Ausschreibung von Erneuerbaren Energien angedacht. Außerdem wird die Einführung eines Kapazitätsmarktes diskutiert. Die Idee dahinter ist ein Vergütungssystem für bereitgestellte abrufbare Kraftwerkskapazitäten einzurichten, die sonst über den normalen Energiemarkt nicht angeboten würden. Kritisch ist dabei jedoch zu bewerten, dass der Aufbau eines Kapazitätsmarktes de facto einen neuen Subventionstatbestand – hier für fossile Energieträger – darstellen würde. Ziel der EEG-Reform ist aber gerade die Subventionen – hier im Bereich der Erneuerbaren Energien – zu reduzieren.

AUSBLICK

Russland bleibt für die Gasversorgung der EU von zentraler Bedeutung. Eine kurzfristige Substitution der russischen Gasimporte über andere Gasversorgungskorridore ist derzeit nicht zu bewältigen. In der gegenwärtigen Diskussion um eine Reduktion der russischen Energieabhängigkeit wird zudem auch zu berücksichtigen sein, dass nicht nur Europa, sondern auch Russland seinerseits schon länger eine Diversifikation seiner Gas-Abnehmerstaaten, insbesondere im asiatischen Raum – wie das kürzlich beschlossene Gaslieferab-

kommen mit China deutlich zeigt –, anstrebt. Eine Konsequenz dieser Entwicklung könnte ein langfristiges energiepolitisches Auseinanderdriften zwischen der EU und Russland sein. Die EU könnte dadurch aus der globalen Perspektive betrachtet einen strategischen Standortvorteil verlieren, den russisches Gas durch seine geografische Nähe darstellt.

In den vergangenen Jahren hat die EU ihre Energieaußenbeziehungen sukzessive ausgebaut. Hierbei wurden eine Vielzahl von Initiativen und Projekten begonnen. Neben dem politischen wie technischen Ausbau des süd-östlichen Gas-korridors sind dabei aber keine wirklich neuen strukturellen Bezugsquellen hinzugekommen. Stattdessen ist lediglich eine sukzessive Stärkung des nord-westlichen, östlichen und südlichen Gasversorgungskorridors zu beobachten. Eine neue Möglichkeit könnte sich jedoch durch die Gasvorkommen im Mittelmeer ergeben, die gegenwärtig noch nicht so stark im Fokus der Öffentlichkeit stehen.

Die Idee des transatlantischen Energieversorgungskorridors führt sehr deutlich vor Augen, dass es vor allem der asiatische Markt ist, der die globale Energielandkarte bestimmt. Asiatische Staaten, allen voran China, treten als globale Energienachfrager auf und erreichen einen starken Einfluss auf Energieanbieter wie die USA. Dieser Einfluss erstreckt sich auch zunehmend auf lateinamerikanische Staaten. Für Europa sind die US-Schiefergasimporte aus ökonomischer Perspektive zurzeit keine wirkliche Alternative. Für die USA ergibt sich jedoch eine geopolitisch hoch attraktive Ausgangsposition mit dem Potential, die energiepolitische Weltkarte zu verändern. So können sie mit ihren Gasexporten und der Globalisierung der Gasmärkte zu anderen Energieförderländern wie Russland in wirtschaftliche Konkurrenz treten. Vor diesem Hintergrund könnten die USA – sofern die privaten US-Energiekonzerne einer solchen Politik folgen würden – ähnlich wie Russland über einen Rohstoff geopolitischen Einfluss ausüben. Für die EU stellt sich hierbei die Frage, ob sie Spielball internationaler Energiemärkte und geopolitischer Interessen oder als drittgrößter Energienachfrager weltweit Spieler sein will.



- 1| http://ec.europa.eu/energy/security_of_supply_en.htm (Stand 5.6.2014)
- 2| http://www.eurogas.org/uploads/media/Eurogas_Statistical_Report_2013.pdf (Stand 6.6.2014)
- 3| Nord Stream wird von der Nord Stream AG als Eigentümer und Betreiber geführt. Mehrheitsaktionär der AG ist das russische Unternehmen Gazprom mit 51 Prozent. Zudem sind die französische GDF Suez, die niederländische Gasunie sowie die deutschen Unternehmen Wintershall und EON Ruhrgas beteiligt.
- 4| Hauptanteilseigner ist mit 50 Prozent Gazprom. Zudem halten das italienische Unternehmen Eni 20 Prozent und die französische Edf sowie Wintershall jeweils 15 Prozent Anteile.
- 5| Algerien war der erste Erdgasproduzent weltweit, der die LNG-Technik zum Export nutzte.
- 6| http://ec.europa.eu/energy/doc/20140528_energy_security_communication.pdf



Gefällt Ihnen diese Publikation?

Dann unterstützen Sie die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung für mehr Demokratie weltweit mit einer mobilen Spende. Der Betrag kommt unmittelbar der Stiftung zugute und wird für die Förderung unserer satzungsgemäßen Zwecke verwendet.



Jetzt QR-Code scannen
und Betrag eingeben.